

Naturschutz

Das Mascherl Umweltschutz

Einige Gebiete in den österreichischen Alpen gelten als weitgehend unberührt. Unabsichtlich verirrt sich niemand in die höchsten Bereiche der Hohen Tauern. Doch auch abseits der ausgetrampelten Pfade zu Großglockner und Großvenediger findet man Spuren des Menschen. Oft als Fußabdruck, oft aber auch als künstliche Hinterlassenschaft in Form eines Taschentuches, einer Müsliriegel-Verpackung, einer Plastikflasche oder eines Zigarettenstummels.

Was könnte man aber aus dem vorhandenen Müll in den Alpen fabrizieren? Mittlerweile gibt es mehr oder weniger erfolgreiche Projekte und Unternehmen, welche aus Müll neue Produkte herstellen und in Umlauf bringen. Strumpfhosen aus Plastikflaschen, Kleidung aus Kaffeesatz, Möbel aus Zigarettenstummeln. Der Hut der Nachhaltigkeit ist schnell aufgesetzt, der Mantel des Umweltschutzes schnell umgehängt. Viele Projekte sind auch wahrlich innovativ und könnten manches Müllproblem lösen. Ein Problem können diese Ideen jedoch allesamt nicht lösen: das unachtsame Wegwerfen.

So auch nicht die Stadtverwaltung von Waterloo. In der belgischen Stadt wurden neuerdings zehn spezielle Aschenbecher in Säulenform aufgestellt, welche rein mit Zigarettenstummeln von vorbeiziehenden Rauchern gefüttert werden. Die Stadtverwaltung will auf diese Art die achtlos weggeworfenen Zigarettenkippen minimieren. Bis zu 15 Jahre dauert der Verrottungsprozess eines Stummels, an die 500 Liter Grundwasser kann ein Exemplar verunreinigen. Einmal im Monat werden die speziellen Aschenbecher entleert und die Kippen in die französische Bretagne transportiert. Seit 2017 recycelt hier eine Spezialfirma an die 30.000 Stummel pro Tag. Zuerst werden die Rückstände der Zigaretten gemahlen, durchgeseibt und in mehreren Wasserbädern entgiftet. Die trockenen Cellulose-Acetat-Fasern werden erhitzt und zu festen Platten gepresst. Aus diesem widerstandsfähigen Material wird z.B. städtisches Mobiliar hergestellt. Ein Sitzhocker besteht aus etwa 10.000 Stummeln. Aus Abfall werden Möbel geschaffen, klingt doch vernünftig. Aber wie sieht die gesamte Kette der Produktion aus? Die

Zigarettenstummel werden von Belgien nach Frankreich transportiert: Emissionen entstehen. Die chemischen Inhaltsstoffe werden mit Wasser ausgewaschen: Wohin verschwindet das verschmutzte Wasser? Wie werden die Fasern erhitzt, wie sieht die Transportkette danach aus, kann das Material wieder recycelt werden? Fragen, die für den Umweltschutz genau so wichtig sind wie das Eingangsproblem der Zigarettenstummel.

Das Projekt im belgischen Waterloo wirkt nachhaltig und ist es auch, wenn man nur den Zigarettenstummel an sich betrachtet. Blickt man jedoch nach Außen, ändert sich die Umweltbilanz. Und: Das Problem sind nicht die Stummel, die sicher in Aschenbechern landen und zu was auch immer verwertet werden. Nein, das Problem sind die achtlos weggeworfenen Stummel. Zur Lösung des Problems hat jedoch noch niemand eine passende Innovation im Hinterstübchen.

Verlassen wir Waterloo und kommen wir nach Österreich. Wie wird der Umweltschutz in der obersten Reihe der Bundespolitik betrachtet? Österreich hat schon lange den selbst umgehängten Mantel als „Musterland des Umweltschutzes“ abgelegt. Der Entwurf zum Standortentwicklungsgesetz aus dem Wirtschaftsministerium hat im Sommer 2018 hohe Wellen geschlagen und wurde von Umweltorganisationen, aber auch von Verwaltungsgewichten und dem Rechnungshof zerpfückt. Dabei wäre die Idee eigentlich eine gute: Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte zu beschleunigen. Dass jedoch der Entwurf vorsieht, ein Projekt automatisch nach 18 Monaten Verfahrenszeit zu genehmigen, egal wie das Ergebnis einer Umweltverträglichkeitsprüfung oder die



Wegelagerer am niederösterreichischen Voralpenwe

Prüfung einer anderen Behörde ausgesehen hätte, grenzt an Skurrilität. Vor allem die Haftungsfrage bei auftretenden Schäden ist eine Frage, die wohl kaum zu klären wäre. Sinnvoller wäre es zu überprüfen, warum manche Projekte eine extrem lange Verfahrenszeit in Anspruch nehmen, z.B. die 380-kV-Leitung in Salzburg.

Der Staat spart seit Jahrzehnten an behördlichen Sachverständigen. Bei komplexen und großen Verfahren müssen externe Experten beauftragt werden, Projektwerber benötigen oft Monate oder sogar Jahre, alle notwendigen Unterlagen zu Auflagen einzuholen. Auch die teils vorgegebenen Parteistellungsrechte beschleunigen Verfahren nicht, sind jedoch für die Umwelt unabdingbar. Auch der Alpenverein Österreich hat als Umweltschutzorganisation ein Recht zur Parteistellung bei Umweltverträglichkeitsprüfungen.

Anstatt sich Gedanken zu machen, wie Verfahren schneller abgewickelt werden können, will der Entwurf des Standortentwicklungsgesetzes nach 18 Monaten Verfahrenszeit mit der Brechstange ein Projekt durchwinken. Das Gesetz wird nun nach umfassender Kritik überarbeitet, man darf auf den zweiten Entwurf gespannt sein. Der Umwelt wird jedoch im Wirtschaftsministerium wohl oder übel eine untergeordnete Rolle zugewiesen, so auch im Verkehrsministerium – Stichwort Tempo 140. Die im Regierungsprogramm verankerten Emissions- und Klimaziele des Ministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus klingen zwar vernünftig, jedoch werden kaum Anstalten unternommen, diese auch wirklich erreichen zu können oder zu wollen.

Die Umwelt in Österreich muss sich auf eine starke Zivilgesellschaft und auf präzente Organisationen verlassen. Der öffentliche Druck auf die Politik muss stets aufrecht erhalten und in manchen Bereichen verstärkt werden. Denn hier geht es um die Umwelt, zu welcher ausnahmslos alle Lebewesen in einer direkten Beziehung stehen. Geht's der Umwelt gut, geht's zwar nicht zwangsläufig dem Menschen gut. Aber geht's der Umwelt schlecht, geht's auch dem Menschen schlecht. Denn unsere (Über-)Lebensbedingungen sind von einer intakten Umwelt abhängig.

Text und Foto: Martin Moser